

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
im letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal M. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.)
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Ettig in Oestrich.

Seitensproben No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No 29

Samstag, den 8. März 1919

70. Jahrgang

Erstes Blatt.

Die heutige Nummer umfasst 2 Blätter
(6 Seiten).

Ämtlicher Teil.

Finanzielle Abrechnung der Handels-Transaktionen.

Die finanzielle Abrechnung der zwischen dem besetzten Gebiet einerseits und dem unbefetzten Gebiet, oder den neutralen bzw. verbündeten Ländern andererseits, stattfindenden Transaktionen, ist nur dann möglich, wenn für diese Transaktionen gültige Unterlagen vorgelegt werden.

Ist die finanzielle Abrechnung die Folge eines An- oder Verkaufs, so sind, je nach dem Falle, als Unterlagen gültig:

1. Die Transportgenehmigung, — wenn es für den betreffenden Warentransport einer solchen bedurft. Diese Transportgenehmigung ist vom interall. Wirtschafts-Ausschuss oder von den interalliierten Wirtschafts-Abteilungen, bzw. von den zukünftigen Prüfungskommissionen einzuholen, und deren Gültigkeit wird durch den ausgestelltten „Transport-Genehmigungsschein“ bestätigt. Infolgedessen sollen die betreffenden Personen das ihnen übergebene Duplikat dieses Scheines sorgfältig aufbewahren, um es bei der finanziellen Abrechnung ihrer Fakturen, Kontokorrentausgaben usw. als Beweis beizulegen.

2. Die Rechnungen, Kontokorrentausgaben, nebst Frachtbriefen, Eisenbahn-Empfangsscheinen und sonstigen Dokumenten, wenn für den betreffenden Warentransport keine besondere Genehmigung nötig war.

Le contrôleur général des Finances
la Administration des Pays Rhénans.

Mitteilung des Herrn französischen Kreisverwalters
Nr. 115/944 vom 4. März 1919.

Zur Vermeidung von Irrtümern wird den Herren Industriellen mitgeteilt, daß die durch den Oberbefehlshaber der Armee vorgezeichneten Erklärungen bezüglich der in ihrem Besitz befindlichen aus Belgien und Frankreich eingeführten Gegenstände auch die Werkzeugmaschinen und andere, welche sie von der deutschen Regierung im Laufe des Krieges erworben haben können, einbezogen.

Die Erklärungen bezüglich dieses Materials müssen enthalten: Datum des Kaufs, Art und Marke, Kaufsumme, die Herkunft, soweit Angabe möglich, und Kaufpreis.

Die Erklärungen müssen bis spätestens 10. März im Besitz des französischen Kreisverwalters sein.

Mädelsheim a. Rh., den 4. März 1919.

Veröffentlicht.

Der Landrat.

Bekanntmachung über Erzeugerhöchstpreise für Frühgemüse aus der Ernte 1919.

1. Gemäß §§ 4 und 5 der Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 307) und § 4 des Normalvertrages über Frühgemüse der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Geschäftsabteilung, gebe ich nachstehend unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 18. März 1918 (Reichs-Anzeiger 70)

die Erzeugerhöchstpreise für Frühgemüse

bekannt:

Gemüseorten Preis je Pfd in Pfennigen

Erbsen	35
Bohnen:	
1. grüne Bohnen (Stangen-, Busch-)	32
2. Wachs- und Perlbohnen	40
3. Puff- (Sauer-) Bohnen	20
rote Möhren und Karotten aller Art einschließlich der kleinen runden Karotten	
mit Kraut (vom 1. Juni 1919 ab)	12
ohne Kraut (vom 1. Juni 1919 ab)	20
Früh-Kohlrabi (vom 10. Juni 1919 ab)	22
Früh-Kohlrabi	16
Früh-Kohl	20
Früh-Kohl und Früh-Kohl	30
Früh-Kohl mit Kraut	

Für die Bundesstaaten Bayern, Württemberg und Baden

Erzeugerhöchstpreis für Erbsen 30 Pfg. je Pfd.

2. Die Einstellung des Gebietes des Deutschen Reiches in fünf Wirtschaftsgebiete, die namentlich für die Bildung der Preis-Kommissionen von Bedeutung ist, bleibt nach Maßgabe meiner Bekanntmachung vom 18. März 1918 (Reichs-Anzeiger 70) aufrechterhalten, nur wird die Grafschaft Schaumburg (Regierungsbezirk Hannover) aus dem Wirtschaftsgebiet C in das Wirtschaftsgebiet E überwiesen.

3. Die Höchstpreise gelten für die aufgrund von Lieferungsverträgen gelieferten Waren als Vertragspreise bis zu dem Zeitpunkt, an welchem die für die Erzeugerhöchstpreise zuständigen Preis-Kommissionen der Landes-, Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst die maßgebenden Vertragspreise mit Genehmigung der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Verwaltungsabteilung, veröffentlichten. Gemäß § 5 der Verordnung vom 3. April 1917

darf nach der Abrechnung auch das nicht durch Lieferungsverträge gebundene Gemüse nicht zu höheren Preisen oder günstigeren Bedingungen abgesetzt werden.

Berlin, den 1. Februar 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Der Vorsitzende:
von Tilly.

Bekanntmachung.

Bei einem Pferde auf der Schanze bei Rimbach, Untertaunuskreis ist die Klauke festgestellt.

Mädelsheim a. Rh., den 3. März 1919.

Der Landrat.

Alle Angehörigen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, welche nicht Deutsch-Oesterreicher sind, bedürfen von nun ab bis auf weiteres zur Einreise nach bzw. zur Durchreise durch Deutsch-Oesterreich eines Visums. Dasselbe wird für die aus Deutschland Einreisenden von den örtlich zuständigen österreichisch-ungarischen Konsulatsämtern erteilt. Die Befreiung erfolgt jedoch nur bei nachgewiesener Dringlichkeit.

Mädelsheim a. Rh., den 3. März 1919.

Der Landrat.

Der künftige Frieden.

Das Bild des zukünftigen Friedens schält sich allmählich deutlicher heraus. Im Mai werden die Verhandlungen beginnen, im Juni soll der Friedensvertrag unterzeichnet sein. Auch hier werden die Alliierten schon vorher alles ziemlich fertig machen, und der deutschen Delegation bleibt nur ein harter und ziemlich wenig aussichtsreicher Kampf um die Wahrung einzelner Bestimmungen und die Anpassung der unvermeidlichen Opfer an die deutschen Lebensnotwendigkeiten.

Aber bis dahin hat es noch viele Wege. Einstweilen handelt es sich um die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum Friedensschluß durch eine dauernde Regelung, durch eine Art Vorfriedensvertrag. Auch darüber finden sich in der Presse der Alliierten bereits ziemlich genaue Angaben, die einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit besitzen. Danach wird zuerst die Stärke der deutschen Flotte in die Grenzen des Küstenschutzes gebannt und die Schleifung einer Anzahl von Besatzungen, insbesondere auf Helgoland, angeordnet werden. Mit all dem wird sich das heilige Deutschland wohl schnell abfinden. Schwieriger sind die weiteren Punkte des Vorfriedensvertrages, wie er aus der Presse sich erkennen läßt, insbesondere die Verschärfung der Ablieferungspläne. Es soll noch mehr rollendes Material, noch mehr Maschinen- und Gerätschaften für Belgien und Nordfrankreich und vor allem die Auslieferung der gesamten deutschen Handelsflotte gefordert werden. Auslieferung? Herr Erzberger hat in der Nationalversammlung wiederholt gegen dieses Wort protestiert und darauf hingewiesen, daß die drei Fragen, ob das deutsche Eigentum an den Schiffen erhalten bleibt, ob ihre Verrentierung für die Alliierten nur bis zum Friedensschluß dauere und ob die deutschen Mannschaften darauf verbleiben könnten, von den Vertretern der Entente bejaht worden seien. Auch stünde das zur Verfügungstellen der Schiffe im engsten Zusammenhang mit der Lebensmittellieferung und dem Finanzabkommen. Wir hoffen, daß er recht behalten wird.

Der Waffenstillstand.

Nach dem Sitzungsbericht der deutschen Waffenstillstandskommission vom 3. März hat General Rudant im Auftrage Hochs die deutsche Regierung um Erteilung einer bestimmten Anzahl von internationalen von Soldaten zu bedienenden Telephon- und Telegraphenlinien gebeten, die die alliierten und interalliierten Kommissionen in Berlin, Paris und Prag mit Frankreich verbinden sollen.

Das deutsche Ersuchen um Gestattung der Fleischausfuhr aus Elsaß-Lothringen zur Versorgung des Saargebietes wurde von Hoch abgelehnt.

Der deutsche Vorsitzende protestierte in Spa gegen die Ausfuhr des Dampfers „Pluto“ durch einen französischen Zerstörer in der Ostsee.

Der deutsche Regierungsvertreter ersuchte brieflich in Spa um Freigabe der Fischausfuhr aus neutralen Ländern nach Deutschland.

Der amerikanische Vertreter teilte der deutschen Kommission mit, daß die Zahl der Briefe und Karten, die die in amerikanischen Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen absenden könnten nicht mehr beschränkt ist. Außerdem dürfen sie der Heimat ihren Aufenthalt und die Art ihrer Beschäftigung mitteilen.

Zu englischen Unterhause erklärte Churchill bezüglich der Abstimmung wegen Bewilligung von 2 1/2 Millionen Mann für das Meer, daß der Anforderung infolge der augenblicklichen ungelassenen Verhältnisse nicht entgegen werden müsse. In der Zukunft werde der Rat der Verbündeten auf beschränkte Erfüllung der Bedingungen seitens Deutschlands drängen müssen. Dies sei die Zeit für die Friedensbedingungen, die Deutschland annehmen und durchführen müsse. Falls es verweigert würde, hätte man niemand mehr, mit dem Frieden

den abzukämpfen wäre. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland könnten Nahrungsmittel und Rohprodukte sofort geliefert werden. Zur Erfüllung der Bedingungen sei es aber notwendig, eine starke Armee am Rhein zu haben.

Das Pariser „Journal“ kommt zu der Einsicht, daß die strengsten Maßregeln zur Abkämpfung der deutschen Währungsnotwendig seien, die deutschen Wechselkurse niederzuhalten. Das einzig wirksame Mittel vor allem die Unterdrückung der Kriegsausgaben.

Die Regierung und die Lage.

In Weimar haben Besprechungen der Reichsregierung mit einer Berliner Arbeiterdelegation stattgefunden, die hither gekommen war, um die Stellungnahme der Regierung zu gewissen Forderungen der Arbeiterkassen zu hören. Es war, was zu beachten ist, keine Abordnung der Anhänger des Generalstreiks, sondern derer, die diesen Streik ablehnen.

Aus den Verhandlungen ergeben sich für die nächste Zeit folgende gesetzgeberische Absichten der Regierung.

1. Die Arbeiter-Räte. a) Die Arbeiter-Räte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung, Wahl und Aufgaben werden durch ein sofort zu verabschiedendes besonderes Gesetz geregelt. b) Für die einzelnen Betriebe sind Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte zu wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. c) Zur Kontrolle und Regelung der Produktion und Warenverteilung werden für alle Industrie- und Gewerbebetriebe Arbeitsgemeinschaften gebildet, in denen die Unternehmer und Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellten und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mitwirken. d) Für bestimmte territoriale Bezirke werden Bezirksarbeitsräte (Arbeitskammern) und für das ganze Reich ein Zentralarbeitsrat gebildet. In den Bezirks- und Zentralarbeitsrat sollen alle selbst Arbeit leistenden, auch die Arbeitgeber, freien Berufe etc. vertreten sein. Diese Räte haben bei Sozialisierungsmaßnahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialisierter Betriebe und Gewerbebetriebe heranzuziehen. Sie haben weiter alle wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze zu begutachten und das Recht, selbst solche Gesetze zu beantragen. Die Reichsregierung wird den Zentralrat vor der Einbringung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze hören.

2. Arbeitsrecht. Ein Gesetz über ein einheitliches demokratisches Arbeitsrecht mit dem Ziel der Schaffung demokratischer konstitutioneller Verhältnisse in den Betrieben ist sofort der Nationalversammlung vorzulegen.

3. Sozialisierung. a) Der Bericht und die Vorschläge der Sozialisierungskommission werden sofort veröffentlicht. b) Die Sozialisierungsgesetze und das Gesetz über die Sozialisierung der Kohlenbewirtschaftung sind von der Reichsregierung und dem Staatsausschuss bereits angenommen und der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet worden. Weitere Sozialisierungsmaßnahmen werden unter Einziehung von Sachverständigen und der Arbeiter-Räte sofort in Angriff genommen.

4. Militärisches. Alle nach dem allgemeinen Strafgesetz strafbaren Handlungen werden auch bei Militärpersonen den bürgerlichen Gerichten überwiesen. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist von der Reichsregierung bereits vor einer Woche in der Nationalversammlung angekündigt worden und wird mit Beschleunigung fertiggestellt werden.

5. Lebensmittellieferung. Die Regierung hat bereits beschlossen, daß die Lebensmittel unter Ausschaltung jeden unnötigen Zwischenhandels durch Vermittelung der Gemeinden an die Konsumenten verteilt werden. An der Verbesserung der Lebensmittellieferung wird dauernd gearbeitet.

Die Tanzwelt.

Die politische Umgestaltung ist erfolgt. Die große Masse hat sich damit — wenigstens einstweilen — abgefunden. Aber es ist noch nicht der Geist der Pseudokultur der Zeit vor dem Kriege abgestorben. In einem Artikel im „Tag“ heißt es: „Tanz! Das war der Fest- und Freudeausdruck der alten Zeit. Tanz! Das war die Kulturäußerung der mondänen Gesellschaft von 1913 und 1914. Die sich prophetisch abendenden, von der Entwicklung dann auch nachträglich bestätigten Stimmen, die damals schon stillosen wie stillosen Verfall riefen, tun nichts zur Sache. Wir wissen, daß sie da, wo sie sich gegen die Wurzel des Übels, die kapitalistische Kultur, wandten, recht hatten; aber das ist hier ohne Belang. Denn es steht fest: vor in den 4 1/2 Jahren das Ende des Krieges herbeischnitzte und herbeischnitzte, der sehte die alte Zeit, das 1913, zurück. Fast aller Wünsche gingen dahin, es wieder so zu haben, wie es war. Vielleicht ein bißchen besser, einerseits bequemer im Erwerb, andererseits im Gemütsgehalt; aber — nicht anders! Immer wieder hörte man den typischen Anspruch: Wenn ich auf Urlaub komme, will ich es haben, wie ich es gewohnt war, wie früher. Oder: Zu

Kaufe soll alles so bleiben, wie's war, dann denkt man drauhen, das tröstet, dafür kämpft man."

Das war nun freilich ein gewaltiger Sturm. Was vergangen ist, kehrt nicht wieder. Die staatlichen, die volkswirtschaftlichen Verhältnisse sind völlig umgewälzt. Aber man sah und sieht da zunächst nur die Veränderung der Form, nicht auch des Inhaltes. Darum jagt die Menschheit noch dem alten Inhalt nach, sie tanzt, sie sucht den Ausdruck der Festlichkeit und Freude, den sie 1913 kannte; den sucht sie, und keinen anderen. Die Zeit kämpft mit der Leidenschaft bitterster Notwendigkeit für den Umschwung der kapitalistischen Weltordnung und ihrer Verfallsstufen; die Menge aber stürzt sich mit der Begeisterung großer Anläufe auf den Tanz und die Ausgelassenheiten der kapitalistischen Kultur. Sie fällt Kabbare, Bars, Operntheater. Sie tanzt, tanzt, tanzt. Was wir erleben, ist nicht die Eitelkeit der neuen Zeit, sondern der alten, ist gleichzeitig ihr letzter Triumph, ist das heilige Todesrauschen einer Menschheit, die sich mit jeder Faser an die einzig heile geliebte Gewohnheit ansetzt.

Es steht viel Wahres in diesen Ausführungen. Es ist dasselbe Verlangen nach Wiederherstellung des alten Zustandes, wie es sich in den Anträgen an die Regierung um die Konzentration der Spielmittel kund tut.

Wie wird aber das Erwachen aus diesem Traumel epidemischer Dummheit sein? Wohl nicht anders als es Alfred Döhl in seinem Holzschnitt „Der Tod als Bürger“ in grauer Realistik dargestellt hat, wo mitten hinein in die ausgelassene karnevalistische Gesellschaft der Tänzer und Tänzerinnen, der Vermummten und Handwerker der Tod — die Cholera — mit der Geißel in der Hand hineintritt und seinen Tanz spielt, bei dem die Paare sich auf dem Boden hinwinden und streden und sterben.

Auf einem Balle, den der Herzog von Orleans (Ludwig Philipp) am 5. Juni 1830 im Palais Royal zu Ehren seines Schwagers, des Königs von Neapel, gab, sagte Salvandy zum Herzog: Das ist ein ganz neapolitanisches Fest, mein Prinz, wir tanzen auf einem Vulkan. Ja, sie tanzen auf einem Vulkan!

Zur Lage im Reich.

(Fortsetzung aus dem zweiten Blatt.)

Die Lage in Berlin.

Ein Teil der Straßen- und Erdarbeiter hat die Arbeit wieder aufgenommen. Die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn finden sich tagtäglich auf ihren Bahnhöfen ein, um dort den Bericht ihrer Arbeiterräte bzw. der Vertrauensleute über die Lage des Generalstreiks entgegenzunehmen. Im allgemeinen herrscht unter diesen Angestellten der Wunsch, den Ausstand baldigst beendet zu sehen. Auf einzelnen Bahnhöfen hat sich sogar die überwiegende Majorität der Schaffner und Fahrer für sofortige Aufnahme des Betriebs ausgesprochen. Ebenso arbeiten auf einem Teil der Bahnhöfe die Schaffner und Wagenfahrer.

Durch die erhöhte Sanitätsbereitschaft, die die angelommenen Truppen ausüben, ist auch die Sicherheit im allgemeinen besser geworden, nachdem anstelle der vollkommen unzulänglichen und unzuverlässigen republikanischen Soldatenwehr disziplinierte Regierungstruppen getreten waren. Allerdings sind noch hier und da Gefährte ausgeraubt worden, jedoch meist in dunklen Nebenstraßen, die ohne Bewachung waren. In einer Anzahl von Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, kam es am Hadeschen Markt wiederum zu einem Generalstreik. Gardesoldaten, die in geschlossenem Trupp durchmarschierten, wurden vom Pöbel fortwährend beschimpft. Dann fielen plötzlich aus der Menge und den Häusern mehrere Schüsse. Sehr machten auch die Gardesoldaten von ihren Schusswaffen Gebrauch. Fünfzehn Personen wurden verwundet, darunter mehrere anscheinend sehr schwer. Aus der Bande heraus wurden acht Personen festgenommen. Außer dem Corps Viltwisch ist auch das Freikorps Wühlow, das zur Gardewallerie-Schützen-division gehört, mit klingendem Spiel unter Führung des Majors von Wühlow in Berlin eingetroffen. Die Truppen, die einen sehr guten Eindruck machten, wurden von der Bevölkerung freudig begrüßt.

Das Leben Groß-Berlins leidet immer mehr unter dem Generalstreik. Noch streiken die Straßenbahnen und immer noch ruht der Hoch- und Untergrundbahnverkehr. Auch die Pferdeomnibusse haben ihren Verkehr eingestellt, sobald der Verkehr der wilden Omnibusse mit unheimlichen Preisen gewaltig answirbelt. Schon nachmittags um 3 oder 4 Uhr schließen die Geschäfte, um ihrem Personal noch den Heimarsch während des Tagesstreiks zu ermöglichen. Alle Anzeigen sprechen dafür, daß die linksstehenden Elemente versuchen werden, alles auszuheulen, um den Streik aufrecht zu erhalten. Gerüchte schwirren umher, wonach auch die Kaufmannschaft und die Gastwirtschaften in den Streik treten sollten. Von den mittleren Betrieben streiken ganze Branchen nicht. Eisenbahn und Post scheinen dem Streik fern zu bleiben. Gewalttätigkeiten haben sich natürlich während des ganzen Verlaufs des Streiks gezeigt. Schießereien, Plünderungen und Verfallsfälle waren vor allem im Norden und Osten der Stadt an der Tagesordnung. Hin und wieder ereignen sich Zusammenstöße zwischen Regierungstruppen und der republikanischen Soldatenwehr.

Spandau.

In Spandau hat das Freikorps Hülsen von Döberitz aus seinen Einzug gehalten. Alle öffentlichen Gebäude sind von dem Corps besetzt. Die Kundgebungen der Spandauer Arbeiterkraft gegen den Generalstreik dauern fort. Am Mittwoch kam es wieder zu stürmischen Kundgebungen von Tausenden von Arbeitern. Alleorts wurde durchgebrüllt, daß in den nächsten Tagen geheim über den Streik abgestimmt werden soll. Als die Arbeiter in die Fabriken nicht eingelassen wurden, stürmten sie die Eingänge und verschafften sich gewaltsam Zutritt. In Spandau ist durch Unterbindung des elektrischen Stroms der Betrieb in den meisten Fabriken stillgelegt. Die spartakistischen Arbeiter des Kreisverkehrs terrorisierten durch diese Maßnahme ganz Spandau. Die Zeitungen können nicht erscheinen.

Hannau.

Der Belagerungszustand ist in Hannau aufgehoben worden. Die Polizeistunde wurde auf 11 Uhr abends festgesetzt.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet dauert im Hamborner Bezirk weiter an. Außerdem sind die Be-

legschaften der „Hessen“, „Westfalen“, „Tiefbau“ und „Hugobauer“ in den Ausstand getreten. Die Gesamtzahl der streikenden Bergleute beträgt 7500. Der Belagerungszustand über Hamborn ist aufgehoben worden.

Ruhe im rheinischen Industriegebiet.

* Essen (Ruhr), 7. März. Im ganzen Ruhrbezirk herrscht Ruhe. Die Arbeit ist auf allen Betrieben und in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. Die Bezirks- und örtlichen Soldatenräte sollen auf Anordnung des Generalkommandos in Münster vom 3. März an aufgelöst werden. Die Eisengießerei- oder Volkswehren werden nur da als kommunale Einrichtungen anerkannt und aus öffentlichen Mitteln bezahlt, wo sie auf dem Boden der Regierung stehen.

Die Kosten der Düsseldorf-Spartakidenherrschaft.

* Düsseldorf, 7. März. Nach den bisherigen Feststellungen hat die spartakistische Herrschaft der Stadt ganz erhebliche Summen gekostet, deren Höhe allerdings noch nicht genau zu ermitteln ist. Bei der Stadtkasse hat der verlorene Arbeiterrat 1,2 Millionen Mk. erhoben, außerdem vom Hauptverwaltungsamt 160 000 Mk. In dieser Summe kommen die aus den sogenannten Beschlagnahmen und Verkäufen dem Arbeiterrat zugeflossenen Summen, die ebenfalls in die Hunderttausende gehen. Der als „Oberbürgermeister“ gewählte Genosse Schmitten hat auch gezeigt, wie die Spartakiden in Gelddingen arbeiten. Zunächst hat er das Gehalt für den Oberbürgermeister Dr. Dehler gesperrt und sich dann ein Jahresgehalt von 26 000 Mk. bewilligt. Dann hat er bei einer Reise nach Essen, die angeblich notwendig war, um die Bergarbeiter zu veranlassen, auch für Düsseldorf Kosten zu fordern, 20 000 Mk. mitgenommen und hiervon 5000 Mk. als angebliche Reisekosten verbraucht. Die Herrschaften waren eben gewohnt, mit großen Summen zu rechnen. So fand man noch am vorigen Freitag, als die Regierungstruppen das Ständehaus besetzten, dort 200 000 Mk. vor, die nun glücklicherweise der Stadtkasse wieder zugeführt werden konnten. Und über alle diese Gelder ist weder ein Beleg vorhanden noch ist irgendwas wie eine Rechnungsführung aufzufinden.

Die „Führer“ der deutschen Arbeiter.

Sant „Täglicher Rundschau“ verbreitet der Vorstand des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes heute ein Flugblatt, in dem es u. a. heißt: „Wer hat heute die geistige Führung bei den Aufständen in der Hand? Sind es Arbeiter? Nein. Doktoren sind es, meist russischer Herkunft, die die deutsche Arbeiterkraft für ihren Fanatismus mißbrauchen wollen. Die wirtschaftliche Freiheit des sozialen Arbeitsrechts, das paritätische Mitbestimmungsrecht in allen Fragen eures Anstellungsverhältnisses mißbrauchen wollen. Die wirtschaftliche Freiheit des sozialen Arbeitsrechts, das paritätische Mitbestimmungsrecht in allen Fragen eures Anstellungsverhältnisses mißbrauchen wollen.“

Das ist gar nicht neu, was der Vorstand des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes da den deutschen Arbeitern mitteilt; es ist aber verdienstlich, daß gerade er den Arbeitern es sagt. Die bürgerliche Presse hat auf die merkwürdige Erscheinung, daß Dr. Lewin, Dr. Cohn u. f. w. die Führer des „Massenbewußten Proletariats“ sind, schon dazumal Waise hingewiesen und auf die große Gefahr hingewiesen, die die „Arbeiterführer“ aufmerksamer gemacht. Viel wird das Flugblatt nicht nützen, denn es ist deutsche Art, das Ausländische zu bevorzugen; die Räte der deutschen Arbeiter werden also nach wie vor von „Doktoren“ meist russischer Herkunft mißbraucht werden, die erkannt haben, wie unendlich gutmütig der deutsche Arbeiter ist.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— Es ist mit größter Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen, daß die Nationalversammlung bis auf weiteres, d. h. auch nach Ostern, ihren Sitz in Weimar behalten wird. Aus parlamentarischen Kreisen hören wir, daß sogar eine Verlegung der Reichsregierung von Berlin nicht außer jedem Bereich der Möglichkeit liegt.

— Nach dem Arbeitsplan der Nationalversammlung sollten am Dienstag, nach Beendigung der ersten Sitzung des Verfassungsausschusses, die Vollziehungen der Nationalversammlung zunächst ausfallen. Die bedrohliche innere Lage hat diesen Beschluß jedoch wieder umgeworfen. Die Reichsregierung hat sich gegen die Verlegung des Plenums ausgesprochen, um die Sozialisierungsfrage energisch in Angriff nehmen zu können. Damit hofft man in Weimar die Arbeiterschaft zu beruhigen und die auflodernde Streikbewegung zu bannen.

Allerlei Nachrichten.

Die deutschen Zeitungen.

Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hat sich in einer gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern der Kreisvereine mit der wirtschaftlichen Lage der deutschen Zeitungen beschäftigt. Die Lage ist kritischer als je zuvor. Die Herstellungskosten sind infolge der erhöhten Löhne, des Zwanges zum Behalten der während des Krieges eingeleiteten Arbeitskräfte und der Wiedereinstellung der aus dem Felde Zurückgekehrten, der verkürzten Arbeitszeit u. in einem bisher noch nicht dagewesenen Maße gestiegen. Um auch nur einen leidweisen Ausgleich für die ungeheure Mehrbelastung zu finden, sind die deutschen Zeitungsverleger gezwungen, eine Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise einzutreten zu lassen.

Die Sozialisierung.

Die Reichsregierung hat beschlossen, dem Staatsapparat sofort ihre Entwürfe zu einem Sozialisierungs-gesetz und zu einem Gesetz über die Rohlenwirtschaft zur Einbringung an die Nationalversammlung vorzulegen. Zugleich hat die Reichsregierung beschlossen, ungeachtet dem Entwurf eines Gesetzes über die Rohlenwirtschaft auszuarbeiten, das dieses Gesetz auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage regeln soll. Der Entwurf eines Sozialisierungs-gesetzes enthält vier Paragraphen. Nach dem ersten soll jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden, durch eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten. Bei Arbeitslosigkeit wird ihm der Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt. Nach dem zweiten Paragraphen sollen wirtschaftliche Unternehmungen und Betriebe, insbesondere Bodenschätze und Naturkräfte in

die deutsche Gemeinwirtschaft übergeführt werden. Im § 3 heißt es: Die deutsche Gemeinwirtschaft wird von wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganen geleitet. Nach § 4 wird in Ausführung der in ihr vorgesehenen Aufgaben ungehindert durch besonderes Reichsgesetz die Ausnutzung an Bodenschätzen, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen fließenden Energie (Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt.

Die schleswigsche Frage.

Nach dem „Zeitung“ sollen die dänischen Ansprüche auf Schleswig folgendermaßen behandelt werden: Das Herzogtum Schleswig soll in vier Gebiete eingeteilt werden. Im ersten, Nordschleswig umfassenden, soll die Bevölkerung sich binnen einer kurzen Zeit durch Gesamtstimme über den Anschluß an Dänemark ausdrücken. Im nächsten, der Mittelschleswig mit Hensburg umfaßten, soll erst nach einiger Zeit, d. h. nach sechs Monaten, gemeindeweise abgestimmt werden. Das dritte würden die Militärischen militärisch befehlen. Das vierte würde bis zum Kieler Kanal reichen und deutsch bleiben und nicht besetzt werden.

Die Wählerarbeit der Volkshewissen.

Es muß mit allem Ernst auf die unser Ostgrenze drohenden Gefahren hingewiesen werden. Die militärische Lage der Volkshewissen ist so günstig, wie sie es seit langem nicht gewesen. Große Truppenmengen sind freigegeben worden sowohl an der Afrikafront, wo die ihnen gegenüberstehenden Amerikaner und Engländer zu rückgenommen wurden, wie in Syrien durch die Abberufung der Tschecho-Slowaken. Die gegen die Volkshewissen kämpfenden russischen Kräfte, die Freiwilligenarmee und die Donatzen, können infolge ihrer Zusammenfassung und ihres Mangels an Artillerie nicht als ebenbürtige Gegner gerechnet werden. Sie sind stark geschwächt und haben neuerdings mehrere Schlappen erlitten. In der Ukraine gewonnen die Volkshewissen mehr und mehr an Boden. Zahlreiche Überläufer der Direktorialtruppen ins Lager der Volkshewissen sind. Alle diese günstigen Umstände haben die Wählerarbeit der Volkshewissen in Deutschland außerordentlich verstärkt. Von Wilna aus erfolgt unter Leitung Tolstoj und Trotskijs die stärkste Propaganda nach Deutschland hinein, und alles deutet darauf hin, daß die Sowjetregierung die Zeit zu einem militärischen Schlag nach Westen für gekommen hält. Einigermassen günstig ist für uns nur, daß die finnisch-estnische Armee ihre Front anscheinend festhält, aber über die unsern Lande drohende Gefahr dürfen wir uns nicht täuschen, und von diesem Gesichtspunkt aus erhält die Forderung der Berliner Streikleitung nach sofortiger Auflösung der Freiwilligenverbände, unsere gegenwärtige einzige Wehrmacht, ihr besonderes und sehr vielwichtiges Gewicht.

Die Lage der Sowjettruppen.

Ein Rundpruch aus Moskau meldet: Trotski berichtet über die Lage an den Fronten und findet, sie sei vollkommen befriedigend. Die Südfront falle bald ganz fort, da Straßburg nach Kowno zurückflüchtet und seine Truppen sich in voller Flucht befinden. Das Donezgebiet wird fast völlig in unsere Hände sein. Die Lage an der Nordfront gibt zu keinen Befürchtungen Anlaß. Eshlind wird im Laufe der nächsten Wochen gleichfalls von uns besetzt werden. Im allgemeinen kräftigt und verbessert sich unsere Lage von Tag zu Tag. Zum Schluß erwähnte Trotski, alles daran zu setzen, um die technische Kriegsmaterialität der Truppen auf die höchste Stufe der Vollkommenheit zu bringen.

Lloyd Georges Erklärungen.

In der ersten Sitzung des vereinigten Industriekongresses der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in London, sagte Lloyd George: Rußland ist in Trümmern gefallen und es liegen Anzeichen dafür vor, daß es mit Deutschland ebenso gehen wird. Es sollte mich nicht wundern, wenn England wiederum die Aufgabe zufallen würde, die Zivilisation in mehr als in einer Beziehung zu retten. Zum Schluß sagte Lloyd George: Die Volkshewissen Englands hängt von der Steigerung der Erzeugung ab. Unsere Schulden betragen 8 Millionen Pfund! Diese müssen wir durch gesteigerte Produktion wieder eintreiben.

Wilson.

Wilson hielt auf einer Konferenz der Gouverneure und Bürgermeister eine Rede, in der er sagte, sie sollten in Paris ganz genau, daß sie nicht als Herren zusammenkommen, sondern als Diener von 700 Millionen Menschen. Wenn sie aber zeigten, daß sie irgendwelchen anderen Interessen dienen wollten, als denen jener 700 Millionen Menschen, so würden sie Kandidaten der dauernden Schande in der Geschichte der Menschheit werden.

Wilson ernannte Hoover zum Generaldirektor des amerikanisch-europäischen Hilfswerks zur Linderung der Hungersnot. Hoover wird die Vollmacht für die dringende Versorgung mit Lebensmitteln, ihren Transport, ihre Verteilung und Verwaltung regeln.

Trotz Kohlennot

kann jedes Dach sofort in Stand gesetzt werden. Die Ambi-Dachstein-Maschine liefert Falzziegel, Pfannen, Kronen usw. im Handbetrieb

Anfragen an:

Ambi Abt. II k. Charlottenburg 9

Arthur Möller Bauten und Industriewerke
Goldene Medaille und Staatspreis
vom Reichsverband für sparsame Bauweise

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Raninchenzucht-Verein Destrich.
Destrich, 8. März. Morgen Sonntag, den 9. März, nachmittags von 12 1/2 bis 4 Uhr, findet in dem Vereinslokal Wäldhaus Rahn die ordentliche Generalversammlung des hiesigen Geflügel-, Raninchen- und Vogelzuchtvereins statt. Die Mitglieder werden hierzu höflichst eingeladen mit dem Hinweis, daß die Versammlung von dem Herrn Kommandanten genehmigt ist und das Lokal nicht länger zur Verfügung steht. Wegen der Wichtigkeit der Versammlung und im Interesse der guten Sache wird pünktliches und vollständiges Erscheinen erwartet.

Vorschuß- und Kredit-Verein in Geisenheim.
Destrich, 9. März. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung des "Vorschuß- und Kreditvereins" in Geisenheim findet morgen Sonntag, den 9. März, nachmittags um 3 Uhr, im "Deutschen Haus" in Geisenheim statt. Auf die diesbezügliche Einladung zu Mitgliedschaften, mit umfangreicher Tagesordnung, welche in der vorliegenden Nummer abgedruckt ist, sei hiermit nochmals besonders aufmerksam gemacht.

Zur Warnung.
Eltville, 8. März. Die hiesige Polizeiverwaltung veröffentlicht folgende Bekanntmachung: "In letzter Zeit sind von den Anschlagstafeln verschiedene Bekanntmachungen abgerissen worden. Nach § 184 des Reichs-Straf-Gesetzbuches wird mit Geldstrafe bis 300 Mk. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft, wer öffentlich angelegene Bekanntmachungen, Verordnungen, Befehle oder Anzeigen von Behörden oder Beamten böswillig abreißt, beschädigt oder verunstaltet. Mit gleich hohen Geld- oder Gefängnisstrafen wird bestraft, wer Bekanntmachungen der Befugnisse abreißt oder beschädigt. Rekrutierungen werden unanfechtlich zur Bestrafung gemeldet."

Rheinuferbahn.
Eltville, 7. März. Wie verlautet, soll die Stadt Wiesbaden das Projekt der Rheinuferbahn Wiesbaden-Eltville, das während des Krieges zurückgestellt war, wieder aufgenommen haben. Durch die Linienführung zwischen Wiesbaden und Eltville am Rhein entlang wird nicht nur die Rheinpromenade, unser schönster Spazierweg gestärkt, es werden auch die am Rhein anliegenden Grundstücke und Landhäuser, alles sehr wertvolle Anwesen, wesentlich entwertet. Für die Linienführung wäre am praktischsten die längs der Staatsbahn, eventuell käme noch die Verkehrsstraße (ähnlich wie in Biebrich-Schierstein) in Frage. (E. N.)

Gesangverein "Liederkränze" in Winkel.
Winkel, 7. März. Der militärische Kreisverwalter des Rheinlandes in Wiesbaden hat dem Gesangverein "Liederkränze" die Genehmigung zur Abhaltung einer wöchentlichen Gesangsstunde erteilt. Derselbe findet jeden Donnerstag von 8 bis 10 Uhr in dem Vereinslokal von Karl Sauer mann unter Leitung seines bewährten Dirigenten Alois Schmalzer statt. Die Sänger des Vereins werden gebeten, sich recht rege an der Gesangsstunde zu beteiligen. Wer dem Vereine noch nicht angehört und Liebe und Lust zu dem deutschen Liede hat, kann jederzeit in die Reihen der Sänger aufgenommen werden und ist herzlich willkommen. Ebenso Freunde und Gönner. Anmeldungen zur Aufnahme nimmt jedes Mitglied entgegen. Frage sich jeder mit dem Gedanken: "Wo man singt da laßt sich nieder wie Menschen haben keine Lieder".

Hausverkauf.
Geisenheim, 7. März. Fräulein Magdalena Haas dahier verkaufte ihr an der Marktstraße neben der Realhale belegenes Wohnhaus zum Preise von 18 000 Mk. an Frau Insallateur Franz Krempel Bw.

Stadtverordneten-Vorleser.
Geisenheim, 7. März. Die hiesige Stadtverordnetenversammlung wählte in ihrer letzten Sitzung Herrn Minister Gustav Voigt zum Vorsitzenden und Herrn Wein händler Franz Hof. Weil zu dessen Stellvertreter.

Hochherzige Stiftung.
Geisenheim, 7. März. Frau Bernhard Ad. Hochl Bw., Thes., geb. Krayer, in Wiesbaden hat zum Andenken an ihren auf dem Felde der Ehre gefallenen Sohn, der Stadt Geisenheim ein Kapital von 10 000 Mk. gestiftet. Die alljährlichen Zinsen mit 500 Mk. sind zur Unterstützung von hier ansässigen Personen, in erster Linie Kriegsteilnehmern oder deren Hinterbliebenen bestimmt und dabei sollen solche Männer bevorzugt werden, welche sich für einen Beruf vorbereiten, weiterbilden oder selbständig machen wollen.

Neuartiger Rheindampfer.
Aus dem Rheingau, 7. März. Hier ist ein Dampferdampfer, der den Namen "Stadt Basel" hat, durchgefahren. Das ganz eigenartig gebaute Boot ist unverhältnismäßig lang und breit, da es in erster Linie für die Obersteinstrecke zwischen Mannheim und Basel bestimmt ist und deshalb nur geringen Tiefgang haben darf. Die Decksbänke sitzen in dem Rumpf des Bootes, wie schon die Bezeichnung besagt im hinteren Teile und das Boot sieht in der Folge aus wie ein Schraubendampfer. Die beiden Schornsteine des Fahrzeuges befinden sich sehr weit vorne, die Kommandobrücke ist in der Mitte des Schiffes.

Rhein- und Taunus-Klub Wiesbaden (E. V.).
Die Mitglieder und Freunde des Rhein- und Taunus-Klubs Wiesbaden (E. V.) werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Genehmigung zur Abhaltung der wöchentlichen Wochenversammlungen von der französischen Besatzungsbehörde erteilt worden ist. Die Wochenversammlung findet daher wieder jeden Donnerstag pünktlich 8 Uhr abends im Vereinsheim Turn-Gesellschaft Schwalbacherstraße 8 statt. Um recht zahlreiches Erscheinen der Wanderfreunde wird gebeten.

Grenzenloser Leichtsin.
Wingen, 5. März. Trotz der schlimmen und harten Zeit herrschte am Faschingssonntag in den Straßen unserer Stadt ein geradezu lebensgefährliches Gedränge. Es ist immer dieselbe Sorte Publikum, das nun einmal glaubt, keine Gelegenheit zu Vergnügungen vorbeizugehen lassen zu können. Es gab auch tatsächlich hier und in der Umgebung Lustmische, die zwar naturgemäß die Bedeutung und Aus-

behnung von Friedens-Maskenbällen nicht hatten, aber doch allein durch die Tatsache, daß sie überhaupt möglich waren, weniger rheinische Lust aber himmelhohen Leichtsin bewiesen. Auf den Straßen zeigte sich vor allem die maskierte Jugend. Die Polizeistunde war für den Wirtschaftsbetrieb am Sonntag und Montag bis 10 Uhr verlängert worden, während der Aufenthalt auf der Straße bis 2 Uhr erlaubt wurde. Wie man angesichts des Spartakus und nicht weit von tausenden von Massengräbern und angesichts des Hungers, der überall herrscht, auch nur an Karneval und Faschnacht denken konnte, ist mindestens unverständlich.

Bestrafter Eigeninn.
Simmeren (Hansrück), 6. März. Das Polizeigericht der französischen Armee verurteilte den Förster Richard Braun aus Rengerschied wegen Nichterfüllung der französischen Offiziere trotz Verwarnung zu drei Monaten Gefängnis.

Ist die Sozialisierung der Produktionsmittel wünschenswert?

Vor etwa einem Jahre hörte man überall einen Satz über die Zentral-Einkaufs-Genossenschaft (genannt J. E. G.): Ein Hauberkünstler sagte: "A, B, C". Er hob ein Tuch von der Tischplatte, und sagte, da lag ein Hund hinter. Er deckte es wieder zu und sagte: "A, B, C". Als er das Tuch nun hob, war die Wut weg. Hier hat ein Spatzvogel zwar maßlos übertrieben, aber doch den richtigen Fied getroffen. Eine solche Gesellschaft kann erstens nicht alles erfassen und zweitens nicht richtig und regelmäßig verteilen. Das haben wir alle gemerkt. Wie sollte es nun werden, wenn nach dem Wunsche der Sozialdemokraten die Produktionsmittel sozialisiert würden? Jeder Betrieb soll — so sagen sie — die nötigen Maschinen erhalten, es sollen ihm regelmäßig die notwendigen Rohstoffe zugeführt werden usw. Aber dann brauchen wir ein Heer von Beamten, um das durchzuführen. Wieviele Millionen müßten dann für die Gehälter gezahlt werden, und der Bürokratismus würde noch schlimmere Mästen treiben als früher. Es könnte vorkommen, daß ein Eltville, der seine Rohstoffe aus Riedrich beziehen will, seine Bestellung über Wiesbaden gehen lassen muß, weil vielleicht dort die Verteilungsstelle ist. Im Kriege war die Nationalisierung ja unbedingt notwendig, aber im Frieden brauchen wir den freien Handel.

Weinzeitung.

Hallgarten, 7. März. Bei der gestrigen Versteigerung von 1918er Weinen der Hallgartener Winzer-Genossenschaft wurden ebenfalls wie in Johannisberg folgende Preise erzielt. Es kosteten das Halbstück 4000—5000—5700—6000—6770 Mk., das Stück 9120—9210—9300—9400—10800 Mk. Im Ganzen kamen 59 Halbstück und 7 Stück zum Ausbote. Der Durchschnittspreis beträgt per Stück 10 800 Mark. Gesamterlös 379 270 Mk. ohne Fässer.

Eltville, (Rheingau), 5. März. Die Nachfrage nach 1918er Weinen ist so groß, daß sich verschiedene Mitglieder der "Vereinigung Rheingauer Weingutsbesitzer" dazu veranlaßt sahen, ihre 1918er Weine teilweise zu verkaufen und die im Mai stattfindende Weinversteigerung der Vereinigung nicht erst abzuwarten. So setzte Herr Geheimrat Gehl 1918er Weine zu 6000 Mk. das Stück, das Pfarrergut Eltville zu 5000 Mk. ab. Der geistliche Schönborn'schen Verwaltung wurden für das Stück 7500 Mk. vergebens geboten und auch der Winzer-Verein Nauenthal konnte sich für das Gebot von 6000 Mk. zum Zuschlag nicht entschließen.

Aus dem Rheingau, 9. März. Bis jetzt hielt die lebhafteste Kauflust für 1918er Wein in allen Rheingauorten an. Bei weitem der größte Teil der Ernte ist verkauft. Die Preise steigen von Woche zu Woche. In Borch und Borchhausen wurden 4800 für das Stück gezahlt, in Destrich und Bistel 6000. In Hallgarten verkauften die "Vereinigten Weingutsbesitzer" 75 Stück zu je 6700. Selbst Mitglieder der "Vereinigung Rheingauer Weingutsbesitzer" warteten die Markversteigerung nicht ab, sondern verkauften unter der Hand. Die Nachfrage bleibt stürmisch. Im Besitz der kleineren und mittleren Winzer, soweit sie nicht Genossenschaften angehören, die verkaufen wollen, befindet sich nur noch sehr wenig 1918er Wein. Ueber die Steigerung der Preise seit Mitte Januar, wo ganz plötzlich die Kauflust einsetzte, mögen folgende, wirklich gezahlte Durchschnittspreise Aufschluß geben. Erst war der Preis 2500—2800, Ende Januar 3500—3800, Mitte Februar 4000—5000, jetzt ist unter 6000 fast nichts mehr zu haben. Der Preis für Durchschnittswein hat sich also in 6 Wochen mehr als verdoppelt. Der Verband rheinischer Weinhändler gibt für die Preissteigerung folgende Gründe an: Künstliche Zurückhaltung der Kauflust, günstige Entwicklung des Weines und starke Käufe der Kognakbrennereien und Seifabriken. Auch die Weinbergpreise sind im Steigen begriffen.

Eltville (Rheinhessen), 5. März. Ein Teil der 1918er Weine des hiesigen Winzer-Vereins ist zu 6000 Mk. das Stück in anderen Besitz übergegangen.

Nackenheim (Rheinhessen), 5. März. Hier wurden geringere 1918er Weine zu 6000—7000 Mk., bessere zu 8000 Mk. das Stück verkauft.

Verantwortlich: Adam Etienne, Destrich.

August Dürr,
Eltville am Rhein. -: Grabenstrasse 3.
gegr. 1868. Rauschloseriei. gegr. 1868.
Spezialität:
Fabrikation von Drahtgeflechtes in allen Maschenweiten.
Drahtketten und Spanner,
ferner
Weinbergsdraht und Weinbergsgläbe aller Art
zu Tagespreisen.

Bürstenwaren
in grosser Auswahl
wie

Bodenbesen und Handbesen in Borsten und Ross-haar, Strassenbesen, Reiserbesen, Schrubber, Wasch- u. Lambriebürsten, Haarbürsten, Kleiderbürsten, Möbelbürsten, Fensterleder, Scheuertücher, Möbelklopfer, Bohnenwachs, sowie sämtliche Holz-, Bürsten-, Seiler- und Korbwaren,
empfiehlt zu billigen Preisen

August Hulbert,
Spezialgeschäft für Korb-, Bürsten-, Holz- u. Seilerwaren
Eltville a. Rh., Schwalbacherstr. 1.

Eiserne Weinbergsstäbe und Draht

von dem deutschen Heerespark stammend (jetzt von der französischen Heeresverwaltung freigegeben) zu verkaufen.
Anfragen erbeten an

Mik. Rohlfhaas,
Erbach im Rheingau (Postlagernd).

Wegen Kriegsschädigung verkaufe ich:
1 Zinkbackmulde,
ca. 3000 Pergamentdüten,
1 Firmenschild
und noch verschiedene Bäckereisachen.

Christian Morlok,
Bäcker,
Winkel, Johannisbergerstraße 43.

Hüte
zum
Umformen
sind bei mir abzuliefern.
L. Struppmann, Modes,
Destrich a. Rh.

Einige hundertjährige
Johannisbeersträucher,
100 Stück 70 Mk., abzugeben
Gärtnerlei Adam Dinger,
Erbach a. Rh.,
Eberbacherstraße 68.

Kaufe jedes Quantum guter
Kuh-Jauche
(Kubbel.)
H. Lange, Destrich.

2 Weinbergsarbeiter
gesucht. Näheres
Hofel Steinheimer,
Destrich.

Nähgarn
in prima Qualität eingetroffen
Alois Kuhlver,
Eltville.

Eine junge
Kuh
welche in den ersten Tagen
kalbt, zu verkaufen.
Mendorf, Hauptstraße 100.

Ein fast neuer
Kuhkarren
zu verkaufen.
Mittelheim, Hauptstraße Nr. 1.

Evangelische Kirchen-Gemeinde
des oberen Rheingaus.
Sonntag, den 9. März 1919.
10 Uhr vorm.: Gottesdienst
in der Pfarrkirche zu Erbach.
11 Uhr vorm.: Christenlehre
der Mädchen.
Montag, den 10. März 1919.
8 Uhr abends: Kirchenchor.
Mittwoch, den 12. März 1919.
8 Uhr abends: Passionsan-
dacht in der Christuskapelle
zu Eltville.

Ein leichtes
Break
(einpänner, vierstellig) zu ver-
kaufen.
Roch, Erbach-Rheingau,
Eltville-Landstraße 3.

Ein fast neuer schwarzer
Communionanzug
zu verkaufen.
Näheres im Verlag des Bl.

Suche fleißiges braves
Hausmädchen,
welches etwas nähen und
bügeln kann, zum halbtägigen
Eintritt.
Frau Fritz Schmidt,
Reitenmühle b. Eltville.

Suche
Mädchen
oder Monatsfrau für den
ganzen Tag gegen hohen Lohn.
Winkel, Hauptstraße 113.

Rechtiges
Monatsmädchen
oder Frau gesucht.
Näh. in der Exp. d. Btg.

Besseres
Taschenmesser
von der Steinhelmhohl den
Leinpfad hinauf nach Nieder-
wald, Reugasse 8, verloren.
Um gütige Rückgabe daselbst
gegen Belohnung bittet Borgen.

Friedens-Farbolinew,
Beer,
verschiedene Sorte
Dachpappe
zu haben bei
Joseph Schwarz jun.,
Dachdeckermeister Winkel.

Evangelische Kirchen-Gemeinde
Destrich.
Sonntag, den 9. März 1919.
9 Uhr vorm.: Gottesdienst in
Destrich.
2 Uhr nachm.: Gottesdienst
in Erbach.
Mittwoch, den 12. März,
5 Uhr nachm.: Passions-
gottesdienst in Destrich.
NB. Die angelegte Zeit ist die
französl. Zeit.

Konfirmanden-Anzüge

schwarz und blau
vorzügliche Ware in prima Ausführung
Mk. 105, 125, 150, 175, 190.

Anzüge für junge Herren

von 15 bis 20 Jahren
hochelegante Ausführung
Mk. 140, 165, 185, 210, 230.

Extra Anfertigung ohne Erhöhung

Frau

Löwenstein

Mainz Wwe. Mainz

nur Bahnhofstrasse 13 kein Laden

1. Stock — 1 Min. vom Hauptbahnhof.

Einladung

zu der am
Sonntag, den 9. März ds. Js.,
nachmittags 3 Uhr,
im „Deutschen Haus“ hier stattfindenden
ordentlichen Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1918.
2. Revisionsbericht des Aufsichtsrates, Antrag auf Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Beschlussfassung über den Revisionsbericht des Verbandsrevisors.
5. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
6. Wahl der Kommission zur Einschätzung der Aufsichtsratsmitglieder.
7. Bestimmung des Höchstbetrages, den sämtliche den Verein belastenden Kasseinlagen und Spareinlagen zusammen nicht überschreiten sollen.
8. Festsetzung des Höchstbetrages für Kreditgewährung an die Mitglieder.
9. Statutenänderung.

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung liegt von heute ab in unserem Geschäftslokal zur Einsicht der Genossen auf.

Geisenheim, den 27. Februar 1919.

Der Aufsichtsrat des Vordau- und Kreditverein in Geisenheim,
eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht,
Justizrat van der Gende, Vorsitzender.

Grundstücksversteigerung.

Im Auftrage der Erben der verstorbenen Witwe
Johann Bickelmayer werden am

Samstag, den 15. März,

nachmittags 1 Uhr am dem Rathause in Oestrich folgende
Grundstücke versteigert:

Oestrich am Hallgartenweg, Weingarten 67,16 Auten
Neuweg, " 19,48 "
Geimbach, Acker " 25,98 "

Nachmittags 3 Uhr wird in dem Sterbehause Mähl-
straße Nr. 34 (Daubert) das Mobilar versteigert.

Oestrich, den 7. März 1919.

Das Obergericht.

Nußholzversteigerung.

Am Samstag, den 15. März,

vormittags um 9 Uhr anfangend,

werden in dem Mittelheimer Gemeindevorstand Distrikt Wiesen-
wald an Ort und Stelle versteigert.

93 Nadelholzstämme mit zus. 17,78 Fhm.,
114 Nadelholzstangen 1. Klasse,
118 " 2. " und
450 " 3. " und
873 " 4. und 5. Klasse.

Zur Versteigerung werden neben den Bewohnern von
Mittelheim nur solche der Gemeinde Hallgarten
und Oestrich zugelassen.

Mittelheim, 5. März 1919.

Der Bürgermeister:
Hirschmann.

Reingewaschener

Grob- und Feinsand

gut verwendbar zu

Maurer-, Verputz- und Betonarbeiten,

ab unserer Grube Rothenberg empfehlen

Kaolinwerke, Geisenheim.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines **Polizeisergeanten** ist zum 1. Mai
d. Js. zu besetzen. Der Stellensinhaber hat abwechselnd
eine über die andere Woche Tag- oder Nachtdienst auszu-
üben. Er muß körperlich kräftig und energisch sein und eine
gute Handschrift haben. Kriegsbeschädigte erhalten den Vorzug.
Gehalt 1800 Mk. und 200 Mk. Wohnungsgeldzuschuß oder freie
Wohnung; ferner 25% Feuerungszulage bis auf weiteres.
Nach halbjähriger Probezeit erfolgt Kaskation gegen vierstel-
jährige Kündigung mit Vorrangberechtigung.

Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Lebenslauf und
Zeugnissen sind bis zum 25. März an das Bürgermeisterei
Oestrich einzureichen.

Oestrich, den 7. März 1919.

Der Bürgermeister: Becker.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß ein etwaiger Ver-
brauch von elektrischem Strom in leerstehenden Wohnungen
Stallungen und anderen Räumen vom Hausbesitzer dem
Elektrizitätswerk sofort anzuzeigen ist, damit ein Elektrizitäts-
meter angebracht wird.

Die Hausbesitzer sind für die Entnahme des Stromes
haftbar, und wir weisen insbesondere auf das Reichsgesetz
betr. die Bestrafung für Entziehung des elektrischen Stromes
vom 9. April 1900 hin.

Rheingau-Elektrizitätswerke A.G.,

Eltville am Rhein.

Konzert in Winkel.

Am Sonntag, den 9. März,

nachmittags von 5 Uhr ab,

findet im Saalbau Rosée ein

großes Konzert

der Freiwilligen Feuerwehr von Radesheim,
unter Leitung ihres Kapellmeisters
Herrn Jakob Rübeler statt.

Preise der Plätze:

Erster Platz 2 Mk., zweiter Platz 1,50 Mk.,
dritter Platz 1 Mk.

Kasseneröffnung um 4 Uhr.

Glasbier 30 Pf.

Möbel-Versteigerung.

Montag, den 10. März 1919, vormittags 9
Uhr beginnend, versteigere ich gegen gleich bare Zahlung
öffentlich meistbietend in der früheren Wirtschaft „Zum
Henzler“ Germaniastraße dahier, folgende Gegen-
stände:

- 1 Saloneinrichtung fast neu, bestehend aus: Plüsch-
sofa, 4 Sessel, Spiegel, Vertikow und nussl. Tisch;
- 1 Sofa mit 4 gepolsterten Stühlen, 1 Plüschsofa,
- 3 Schlafzimmereinrichtungen je mit 2 kompl. Betten,
Waschtisch, Nachtschränken und Kleiderschrank, 5
kompl. Betten, mehrere Waschtische, Kommoden,
verschiedene Sessel, Schreibtisch, Spiegel, Bilder,
Gardinen, Gallerien, Waschgarnituren, Porzellan,
Bettpolster, Wirtschaftsbüffel, 10 Tische, 50
Stühle, 1 Stollwerckautomat, Gartentische und
Gartenstühle, 1 Kücheneinrichtung, silb. Messer und
Gabeln, 1 Kelter, 1 Dauerbrandofen, Gasherd, 5
Gasstrickleuchter, 1 Nähmaschine, 1 Sportwagen,
Bett- und Tischwäsche, Gläser, Eisschrank, 1 Bezi-
malwagen, 1 Wanduhr, 2 Sauerbrunnen und
dergleichen mehr.

Besichtigung eine Stunde vor Beginn der Versteigerung.

Radesheim, den 3. März 1919.

J. Heinz, Auktionator,

Rheinstraße 81.

Telephon 187.

Private höhere Mädchenschule Mittelheim am Rhein.

Beginn des neuen Schuljahres am 24. April 1919.

Die Schule ist zehnklassig. Der Unterricht wird
erteilt nach dem Plane der staatlichen Lyzeen.
In dem Unterricht in den vier unteren Klassen
werden auch Knaben zugelassen. (Vorschule für
Gymnasien und andere höhere Knabenschulen.)

Anmeldungen werden bis zum 15. März ent-
gegengenommen morgens von 9 $\frac{1}{2}$ —11 Uhr von
der leitenden Lehrerin

E. Steinhoff

im Schulgebäude, Bachhausstraße 7.

Vorzügliche Herrenstoffe

ca. 144 cm breit
auch für Kostüme und Mäntel geeignet
Mk. 29, 32, 35, 38, 42 p. Mtr.
schwarz, blau, grau, mode, braun.

Mass-Anzüge

Eigene Herstellung
Vorzügliche Verarbeitung
Mk. 250, 280, 320, 375.

Frau

Löwenstein

Mainz Wwe. Mainz

nur Bahnhofstrasse 13 kein Laden

1. Stock — 1 Min. vom Hauptbahnhof.

Einladung

zu der am
Sonntag, den 16. März ds. Js.,
nachmittags 6 Uhr,
im Hotel Germania, (Katholisches Vereinshaus,) hier
stattfindenden ordentlichen Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der
Jahresrechnung und Bilanz, Antrag auf Genehmigung
der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Bericht über die am 17. und 18. Februar 1919
stattgefundene gezielte Revision des Verbandsrevisors.
5. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
6. Wahl einer Einschätzungskommission für den Aufsichtsrat.
7. Verschiedenes.

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung liegt
von heute ab in unserem Geschäftslokal zur Einsicht der
Genossen auf.

Geisenheim, den 5. März 1919.

Der Aufsichtsrat der Spar- & Leihkasse zu Geisenheim

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht,

Peter Buchholz, Bergwerksdirektor,

Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Die am 8. März fällige 4. Rate Gemeindef-
steuer ist bis spätestens 12. März an die Ge-
meindekasse zu zahlen.

Oestrich, den 7. März 1919.

Der Bürgermeister:
Becker.

Bekanntmachung.

Die am 27. v. Mts. im Lokale des Herrn
Saurmann hier stattgehabte Nußholzversteigerung
ist genehmigt.

Winkel, den 7. März 1919.

Der Bürgermeister:
Hartmann.

Lateinschule, Eltville a. Rh.

Das neue Schuljahr beginnt am

Dienstag, den 29. April, morgens 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
mit der Aufnahmeprüfung der angemeldeten Schüler.

Neuanmeldungen nimmt jeden Montag von
2—3 Uhr im Pfarrhaus entgegen.

Der Leiter:
Schilo, Pfarrer.

Güter-Versteigerung.

Am Dienstag, den 11. März ds. Js.,

11 Uhr anfangend,

läßt der Unterzeichnete im Gasthaus „zum Taunus“
(Hr. Josef Korn) in Hallgarten seine sämtlichen

Weinberge

in den Gemarkungen:

Hallgarten (Dendelberg, Neufeld, Schönbühl, Rischenader
11, 12.)

Hattenheim (Dettelsberg, Mehrhöfchen).

Oestrich (Deeg),

öffentlich meistbietend unter günstigen Zahlungsbedingungen
versteigern.

Eduard Engelmann.

Rheingauer Bürgerfreund

ersch. Dienstags, Donnerstags und Samstags.
am letztem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Frägerlohn oder Postgebühren.)
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 30 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Eitene in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No 29

Samstag, den 8. März 1919

70. Jahrgang

Zweites Blatt.

Die Nationalversammlung.

(20. Sitzung.)

Am Regierungstisch: Dr. Preuss, Wissell, Erzberger, Robert Schmidt, Baake und andere.
Präsident Behremsch eröffnet die Sitzung nach 3 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Die Abg. K. n. s. a. d. (Deutschnatt.) und Genossen stellen folgende Anfrage: Infolge des herrschenden Papiermangels kann die deutsche Presse ihren Aufgaben weder im Inlande noch in bezug auf die notwendigen wirksame Vertretung der Reichsinteressen gegenüber dem Auslande gerecht werden. Was kann und will die Regierung tun, um diesem Mangel abzuwehren?

Reichswirtschaftsminister Wissell: Das Reichswirtschaftsministerium bedauert lebhaft, daß es der deutschen Tagespresse infolge des Papiermangels nicht möglich ist, ihre gerade jetzt besonders bedeutenden Aufgaben zu erfüllen. Der aufgetretene Mangel beruht auf der Streikbewegung und auf den bekannten Schwierigkeiten der Kohlenversorgung und des Transportwesens. Eine die berechtigten Wünsche der Tagespresse betreffende Papierversorgung wird aber leider erst dann möglich sein, wenn das deutsche Wirtschaftswesen wieder in einigermaßen geordnete Bahnen zurückgekehrt sein wird.

Abg. D. h. l. e. r. (Deutschnatt.) fragt an, was die Regierung gegen die unzureichende Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln zu tun gedenkt.

Reichsminister Schmidt: Der Rückgang in der Versorgung mit künstlichen Düngemitteln ist auf den Ausfall der Produktion in den besetzten Gebieten, sowie auf die Schwierigkeiten im Transportwesen und die Produktionserschwerungen durch den Kohlenmangel zurückzuführen. Es soll alles geschehen, um die Hindernisse, die der Produktion entgegenstehen, zu beseitigen. Hierfür wird die Veranlassung der Reichsversammlung fortgesetzt.

Abg. Henke (U. S.) greift preis das Nützlichkeit als das Mittel. Die Arbeiterschaft werde nicht warten, bis sie dieses Ziel durchgesetzt habe. (Unruhe.)

Abg. Dr. Stresemann (D. V. P.) polemisiert gegen den Vorredner und tritt für die Aufrechterhaltung der Bundesstaaten ein. Preußen soll bleiben, wie es ist. Redner wendet sich gegen den Abg. Trimborn, den er mit den Bestrebungen zur Errichtung einer Reichsrepublik in Zusammenhang bringt: Der beabsichtigte Anschluß von Deutsch-Oesterreich ist ein Verzicht auf trüber Zeit. Wir sehen heute in unserer Lage eine Fülle von Gefahren, die geradezu niederdrückend und schmerzhaft sind. Wir waren ein Volk der Arbeit, nicht der Warte, wie es wieder werden und über unserer Zukunft die Worte stehen: Arbeiten und nicht verzweifeln! (Beifall rechts.)

Reichsminister Dr. David: Ich habe aus der Debatte den Eindruck gewonnen, als ob man über der Kritik das Große, Gute und Wertvolle vergißt, das uns diese neue Verfassung bringt. Die republikanische Staatsform, die festgelegt wird, ist doch keine Kleinigkeit. (Sehr richtig.) Ich freue mich, daß in der Nationalversammlung im großen und ganzen ein Zug zu einer möglichst weitgehenden Vereinheitlichung und zu einer möglichst starken Zentralgewalt des Reiches zum Ausdruck gekommen ist. Die Nationalversammlung wird es in der Hand haben, den Staatsrat, der vom früheren Bundesrat übrig geblieben ist, in diesem Sinne noch zu verbessern. Ich bin überzeugt, die Entwicklung wird immer mehr zur Vereinheitlichung gehen, ohne daß darunter irgendwelche die landmannschaftlichen Eigenarten der verschiedenen deutschen Stämme zu leiden brauchen. Ich bin auch fest überzeugt, die Demokratie wird das Reich fester zusammenführen als das alte System es vermocht hat. Denn die Demokratie ist die Siegel des nationalen Staatsgefühls. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist allerdings nötig, daß neben der politischen Demokratie nun auch die wirtschaftliche Demokratie ihren Einzug hält. Es muß das Volk fürgeordnet werden, daß jeder Arbeitende in Deutschland auch eine menschenwürdige Existenz findet. So wenig das Christentum etwas taugt, das aus Randkatholiken gepredigt wird, so wenig taugt der Sozialismus, der den Menschen mit Maschinengetrieben ausgenutzt werden soll. (Sehr richtig!) Die lebhafteste Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Lösung unserer Aufgabe wird uns ungeheuer erleichtert durch die Vorgänge draußen, die wiederum auf das Schicksal des Herrn Henke und seiner Freunde zu sehen sind. Trotzdem wollen wir guten Mutes an die Arbeit gehen und keinen pessimismus aufkommen lassen. Möge die Nationalversammlung hier zeigen, was sie kann. Möge sie hier ein bahnbrechendes Werk schaffen für einen neuen höheren Sozialismus und politische Kultur des deutschen Volkes, die letzten Endes auch dem Aufstieg der ganzen Menschheit dienen wird. (Leb. Beif.)

Damit schließt die erste Besprechung der Verfassungsvorlage.

Verständlich bemerkt Abg. Trimborn (Zentrum): Der Abg. Stresemann hat meinen Namen in Berlin

gebracht mit den Bestrebungen zur Errichtung einer Reichsrepublik und hat in diesem Zusammenhang gegen mich polemisiert. Ich stelle fest, daß er dabei von einer Reihe falscher Auffassungen ausgeht, insbesondere ist es eine ganz irrtümliche Meinung, wenn er den Eindruck zu erwecken versucht hat, als werde die Bewegung zur Errichtung einer reichsdeutschen Republik wesentlich von Anhängern des Zentrums getragen. Tatsächlich sind Anhänger der verschiedenen politischen Parteien dabei beteiligt. Ich werde in der Kommission Gelegenheit nehmen, die Frage einmal ganz eingehend und sachlich und richtig darzustellen. Ich bin überzeugt, daß dann eine ganze Reihe von Irrtümern, die auch Herrn Stresemann beherrschen, vollständig ausgeräumt und verschwinden werden.

Die Verfassungsvorlage wird an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. — Nächste Sitzung: Mittwoch nachmittags 3.15 Uhr: Interpellation Arnstadt (Deutschnatt. Volksp.) und Genossen betr. die Zustände in der Provinz Posen.

Schluss: 6.15 Uhr.

21. Sitzung.

Am Regierungstisch: Scheidemann, Erzberger, Landsberg u. a.

Eingegangen ist der Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes und eines Gesetzes zur Regelung der Kohlenwirtschaft.

Die Interpellation Arnstadt und Genossen (Deutschnatt. Volksp.) betr. Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe wird abgelehnt, nachdem Ministerpräsident Scheidemann erklärt hat, daß die Regierung die Interpellation später beantworten wird.

Es folgt die Interpellation Arnstadt u. Gen. (D. V.) betr. Zustände in der Provinz Posen. — Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Herrn Abg. Dr. Schürmeier (Deutschnatt. Volksp.) und spricht in längerer, mit Beifall ausgenommen Rede über die Vorkommnisse im Osten, den Kampf der Polen gegen Deutschland, die Demarkationslinie, die Lebensmittellieferungen an die Polen etc.

Reichsminister Erzberger gibt namens der Regierung eine Erklärung ab, die sich auf die Rede der Frau Dr. Schürmeier bezieht. Er sagte u. a., ich hätte gewünscht, daß die preussische Volkspartei schon früher den Grundgedanken des polnischen Volkes besser gerecht geworden wäre (Beifall), die Situation wäre dann für uns heute eine viel günstigere gewesen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Wer hat denn dazu beigetragen, daß im Osten sich solche Zustände entwickelt haben? (Zurufe rechts: Herr von Gerlach!) Ich kenne den Zwischenfall nicht, aber er wird doch nicht erst im November auf die Welt gekommen sein! (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Noch vor dem November ist durch die ungerechte Behandlung der Polen den letzten Ansprüchen der Polen Vorschub geleistet worden. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Die vorige preussische Regierung hat erst sehr spät den Versuch unternommen, den berechtigten Wünschen der Polen Rechnung zu tragen und damit zu reiten, was noch zu reiten war. Einer der wichtigsten Programmpunkte der deutschen Regierung zum Friedensschluß war der Schutz der nationalen Minderheiten, der Aufrechterhaltung der deutschen Kultur, Sprache und Religion, deutscher Interessen im Ausland. Diese Forderungen werden am besten dadurch begründet, daß wir den bei uns wohnenden nationalen Minderheiten dieselben Freiheiten gewähren, die wir für unsere deutschen Volksgenossen als nationale Minderheiten in anderen Ländern verlangen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Es ist richtig, daß der Mangel vor der deutschen Regierung gestanden ist. Die Hauptursache dafür ist aber, daß 16 000 deutsche Soldaten mit Tausenden von Offizieren in Warschau aushielten vor 800 Polen. Dieses wenig tapfer Verhalten des Generals Bessler hat dem deutschen Ansehen den schwersten Schlag versetzt. (Zurufe rechts: Das ist eine Frucht der Revolution!) Nein, das ist vorher geschehen! Diese Flucht einer deutschen Avantgarde überläßt vor schlecht bewaffneten polnischen Aufständischen hat das deutsche Ansehen am meisten geschwächt. Ich richte an das deutsche Volk die Mahnung, sich zu entschlossener Verteidigung des Vaterlandes aufzulassen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Die Sitzung dauert fort.

Zur Lage im Reich.

Am Vorabend einer neuen Revolution.

Die Berliner Blätter, so weit sie erschienen sind, verhehlen nicht, daß Berlin am Vorabend einer neuen Revolution stehe. Der „Vorwärts“ will seinen Kampf gegen die eigenen Parteigenossen führen, sondern einen ehrenvollen Ausgang aus dieser verworrenen Bewegung geschaffen wissen, nämlich die geschlossene Wiederaufnahme der Arbeit. Die „Tägliche Rundschau“ malt das bolschewistische Gespenst an die Wand. Würde Berlin von der neuen Revolution erobert werden, dann sei morgen der Anschluß Deutschlands an das bolschewistische Rußland vollzogen, und Lenin und Trotski würden am Brandenburger Tor von der bolschewistischen

Männer- und Frauenwelt Berlins empfangen werden. Es gebe nur ein Entweder-Oder: entweder alle Kräfte für die Aufrechterhaltung des demokratischen Prinzips einsetzen oder die Diktatur des Proletariats! Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, es handle sich um ein Aufwerfen der staatlichen Machtfrage. Der Beschluß, in den Ausland zu treten, sei gefaßt ohne Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen doch würde die Hoffnung auf Überwindung der Schwierigkeiten durch die ehrliche Volkspartei der Regierung nicht aufgegeben werden.

Was die Kommunisten wollen.

Der Berliner Generalstreik ist kein Sympathie- oder Proteststreik, sondern eine Aufzettelung der Massen, um die politischen Forderungen der Kommunisten durchzusetzen. Zunächst sollen die A.-S.-Karte anerkannt werden. Die politischen Gefangenen, besonders Lebedow und Nadel sind freizulassen, mit Sowjet-Rußland sollen die Beziehungen wieder aufgenommen und das Freiwilligenkorps abgelöst werden. Die Räder Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind vor ein Revolutionsgericht zu stellen. Die beiden Hugenjollen, Hindenburg und Eubendorff sind abzutreten, dagegen will man Ebert, Scheidemann und Kossel zunächst ungeschoren lassen. Es geht also um's Ganze.

Die Lage in Berlin.

Bis jetzt wickelte sich trotz des Generalstreiks das Leben im Zentrum der Stadt in ganz normaler Weise ab. Zwar verkehrten keine Straßenbahnen, doch ist dafür der Stadtbahnverkehr in größerem Umfange aufgenommen worden. Auch die häßlichen Streiker sind nicht in den Streit eingetreten. Leider sind bei den ersten Schieberien und Plünderungsversuchen im Norden der Stadt einige Schulkinder in Anbühung ihres Amtes ums Leben gekommen.

Im Norden Berlins hürten hunderte von Frauen die Väter- und Kleiderläden, so daß die Geschäftsinhaber die Geschäfte schließen mußten. Truppen des Regiments Reinhardt haben das Gebäude besetzt in welchem die „Neue Jähne“ gedruckt wird. Das Polizeipräsidium ist von der Volksmarinabrigade besetzt. Die Geschäfts- und Redaktionsräume der Zeitungen „Freiheit und Republik“, Organe der unabhängigen Sozialdemokraten, sind von Regierungstruppen besetzt.

Zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und Pöbel kam es Dienstag mittags auf dem Alexanderplatz. Dort hatte sich gegen 12 Uhr nach und nach eine große Menschenmenge angesammelt. Die Menge befehle bald den ganzen Platz und schritt zu großen Ausschreitungen. Es wurde zweimal je ein Offizier, der mit der Troßkiste des Regiments kam, von dem Pöbel angehalten, überfallen und aus dem Wagen gerissen. Das Gefindel fiel dann über die Offiziere her, warf sie zu Boden, verarbeitete sie mit Fausthieben und riß ihnen die Uniformstücke buchstäblich vom Leib. Regierungstruppen, die im Polizeipräsidium befestigt waren, schritten kurz nach 12 Uhr zum Säubern des Platzes und machten, als die Menge nicht aufzuliegen wollte, von ihrer Waffe Gebrauch. Sie führten mit Panzerautomobilen in die Menge hinein und gaben, als die Zusammenrottung immer drohenden Charakter annahm, Maschinengewehrfeuer auf sie ab. Hierdurch wurden 6 Personen, 4 Männer und 2 Frauen, getötet und mehrere verwundet.

Auf dem Schlesischen Bahnhof ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen, wobei Regierungstruppen entwaffnet und ins Wasser geworfen wurden. Ferner ist die Frau des kommunistischen Führers Raier verhaftet worden, da man in ihrer Wohnung belastendes Material dafür vorfand, daß der Generalstreik zu einem spontanen Aufstand ausgenutzt werden solle. Oberst Reichardt ist die Führung des militärischen Schutzes in Berlin übertragen worden. Auch ist General Lüttich mit seinem Korps in Berlin eingezogen und hält die westlichen Vororte besetzt.

München.

Relände, die aus München kamen, sagen, daß dort völlige Anarchie herrsche. 15 000 Matrosen, die sich bisher aus Kiel hatte kommen lassen, üben eine rücksichtslose Säubere Herrschaft aus. Sie rasen in Autos in der Stadt umher und nehmen den Bewohnern von Hotels und Bankhäusern Geld und Verisachen ab, so auch dem Grafen Thurn und Taxis. Die Persönlichkeit des Mörders Eisners ist noch immer in Dunkel gehüllt. Er ist jetzt verhandlungsfähig, verweigert aber jede Auskunft. Ein Graf Arco ist er bestimmt nicht, denn die Familie Arco erklärt, daß von ihren Mitgliedern keines fehle. Der Graf Arco, dem die Tat zugeschrieben wird, hat eine im Kriege zerhoffene Hand, während des Mörders beide Hände unverletzt sind.

(Weitere Nachrichten siehe erstes Blatt)

Verantwortlich: Adam Eitene, Oestrich.

Beim Ausgehen

Legitimationskarten

nicht vergessen!

Achtung! Achtung! Die Schuhnot für Winkel und Umgebung

für längere Zeit beseitigt.

Eingetroffen sind:

Lederstiefel

für

Herren, Damen und Kinder

für Sonn- und Werktag.

Große Auswahl in

Holzschuhen und Holzlandalen,

zu weit zurückgesetzten Preisen.

Bei Bedarf halte mich bestens empfohlen

Kaufhaus Ph. Dorn,
Winkel a. Rh.,
Hauptstraße 30.

Trauerbriefe - Trauerkarten

liefert schnellstens

„Rheingauer Bürgerfreund“

! Photographie !

Moderne Photos in künstlerischer Ausführung.

Spezialität: Skizzen.

Vergrößerungen nach jedem Bilde.

Schnelle Lieferung.

Kleine Preise.

Aufnahmen: von 9-1 und 3-7 Uhr.

Sonntags 10-2 Uhr.

Photographie E. Schmidt

Wiesbaden, Michelsberg 1.

Haltestelle der elektr. Linie 2 (rot) und 3 (blau).

Landwirtschaftl. Zentral-Saatstelle.

Samenhaus

Joh. Georg Mollath,
MAINZ.

Ladenverkauf und Kontor: Markt 27-29.

Hauptlager: Dom-Magazin, Domstrasse.

Telefon 371. Telegr.-Adr.: Mollath Mainz.

Gegründet 1815.

Runkelrüben-Saaten

Die ertragreichsten und haltbarsten Sorten
Mollath's verb. Eckendorfer, gelbe
Mollath's verb. Vilmorins-Riesen
Lanker, weisse Futter-Zucker,
Origin. Friedrichswerther Zuckerwalze
sind eingetroffen!

Französisch-deutscher

Sprachführer

nebst

Wörterbuch

75 Pfg. und 1 Mk.

eingetroffen.

Verlag des „Rheingauer Bürgerfreund.“

Möbel und Betten

:: in grosser Auswahl ::

zu sehr billigen Preisen.

Neu aufgenommen!

Sessel- Stuhlsitze u. Liegestühle

:: Grosse Auswahl ::

zu den billigsten Preisen.

Cebr. Hallgarten, Bingen a. Rh. Schmitt-
str. 23.

Wir nehmen beim Einkauf Kriegs-Anleihe in Zahlung.

Gegründet 1842.
L. RETTENMAYER
G. m. b. H.
WIESBADEN.



Zentrale: Nicolastrasse 5.

Fernsprecher: Nr. 12, 115, 124, 242, 2376 (Direktion 6611).

Telegramm-Adresse: Rettenmayer, Wiesbaden.

Möbeltransporte von u. nach allen Plätzen.

Ueber-Land-Umzüge.

Lagerung ganzer Wohnungseinrichtungen: Reisegepäck und

Speditionsgüter im

Wiesbadener Möbelheim: 8000 qm Lagerfläche.

Sicherheitskabinen.

Spedition,

Rollfuhrwerk,

Lager,

Incaso,

Versollungen.



Sammlungen,

Commission,

Garten-Klein-

Verkauf

Versicherungen.

Reise-Büro: Kaiser Friedrich Platz 2.
Amtliche Fahrkarten-Ausgabe ohne Aufschlag.
Schlafwagenkarten. - Amtl. Gepäckabfertigung
und Beförderung zu und von den Zügen.
Reisegepäck-Versicherung.
Reiseunfall-Versicherung.
Fernsprecher für Reisebüro: Nr. 242 und 2376.

Institut für vornehme Ehevermittlung.

Frau Ella Tischler, Wiesbaden

Grabenstrasse 21. - Telephon 8973.

Ellämsche
Bankgesellschaft
Filiale Mainz.

Aktienkapital Mk. 20 000 000.

- Fernruf Nr. 52 und 91 -

Vergütung von Spargeldern zu
günstigen Zinssätzen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankfach einschlagenden
Geschäfte.

Verschwiegenste u. zuverlässigste Erledigung
aller Angelegenheiten.

Imprägnierte u. transportierte Weinbergspfähle,

runde und gefägte

Stichel,

1,25, 1,50 u. 1,75 Mt. lang.

Baumpfähle,

2 bis 3,50 Mt. lang.

empfehlen

Gg. Dof. Friedrich,

Oestrich i. Rhg.

- Telephon 70. -

Komplette
Küchen-Einrichtungen,
Küchenschränke,
Tische,
Kleiderschränke,
Vertikows,
Bettstellen

empfehlen

Geb. Henrich,
Möbel-Schreinerei,
Winkel.

Kaufe Schlachtpferde

Angebote an

Christian Aguntius,

Pferdemetzgerei, Mainz,

Weihergarten 8.

Gebrauchte

Prim- und Konzertzithern

wenn auch reparaturbedürftig,

kauf

Jacob Gill, Zithertelehrer,

Oestrich, Steckerweg 24.

Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger

Hof-Piano-Fabrik.

Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.

Privat- u. Volkswirtschaft in Technik und Praxis.

alles was Handel und
Wandel, Kontowissenschaft
und Fertigkeiten angeht, sei
es Buchhaltung nach allen
Systemen, Briefverkehr,
Formularkunde, bürger-
liches, gewerbliches und
kaufmännisches Rechnen,
Bankwesen, Wechsel- und
Scheckkunde, Konto-Korrent-
lehre nach allen Systemen,
Vermögensverwaltung,
Stenographie, ferner aber
auch ausgewählte Kapitel
der Rechts- u. Geisteskunde
wie lehrt Damen und
Herren in jedem Lebens-
alter (getrennte Abtei-
lungen)

die kaufmännische Privat-

Schule von

Hermann Bein

und

Clara Bein,

Diplom.-Kaufleute u.

Diplom.-Handelslehrer,

Rhein-

strasse 115

Wiesbaden

naher der Ringkirche,
nach Wahl in Vor-, Nach-
mittags- und Abendkursen
oder Privatstunden bei
mässigen Honorarföhen.
Bei den Vorkursen sind in
diesen die sämtlichen Unter-
richtsfächer und Vorträge
eingeschlossen. Bei Einzel-
fächern ist nur eine ein-
malige Zahlung für die
ganze mehrmonatige Dauer
des Unterrichts zu leisten.

Bei Auswärtigen Kursus-
teilnehmern übernimmt das
Institut einen Teil der
Fahrtkosten. Für Kriegs-
beschädigte beiden Semester-
kursen ermässigt Honorar.

Beginn neuer Kurse

Anfang Januar.

Weitere Ankünfte werden
bereitwilligst jederzeit im
Geschäftszimmer:

Rheinstr. 115, 1. Stock

erteilt. Anmeldungen da-
zu jeweils rechtzeitig vor
Beginn der Kurse zu machen.